



CHRISTDEMOKRATEN RÜGEN: "ES WIRD ZU WENIG GETAN" IM SOZIALEN WOHNUNGSBAU

Veröffentlicht am 12.04.2016 um 18:56 von Redaktion AltkreisBlitz

Beim Stammtisch der Jungen Union Burgdorf am vergangenen Sonntagabend referierte Rüdiger Nijenhof, als Mitglied des CDU-Landesfachausschusses Soziales und Familie über sozialen Wohnungsbau. Dabei stellte er fest, dass gerade durch die in den vergangenen Monaten hinzugekommenen Einwohner sich die Lage auf den Wohnungsmärkten "nicht verbessert" hat. Besonders kritisierte er, dass die Region Hannover in ihrem Wohnraumförderprogramm aus 2015 den Passus beschlossen hat, dass Investoren nur entweder sich durch das Land Niedersachsen oder die Region fördern lassen können, im Gegensatz zur Landeshauptstadt, wo Investoren sich sowohl von der Landeshauptstadt als auch vom Land fördern lassen können. Dies führe dazu, dass auf die laut des SPD-geführten niedersächsischen Sozialministeriums etwa 500 Wohneinheiten, die aktuell in Hannover gebaut werden, nur etwa 50 in der restlichen Region kommen. "Die nackten Zahlen sprechen für sich: Es wird zu wenig getan", so Nijenhof, "Gerade jetzt, wo der Bund seine Fördermittel, die es den Ländern zur Verfügung stellt, verdoppelt hat und eine nochmalige Verdopplung angekündigt hat, müssen auch das Land Niedersachsen, die Region Hannover und die Stadt Burgdorf mehr Initiative zeigen." Den Eindruck, dass es mittlerweile einen Mangel an preiswertem Wohnraum in Burgdorf gibt, finden die jungen Christdemokraten auch in vielen Gesprächen bestätigt. Gerade für junge Familien fehle es an entsprechend auch bezahlbarem Wohnraum. Es sei nun "auch eine Aufgabe der Politik vor Ort, dafür zu sorgen, dass von den 480 Millionen Euro dank der Finanzspritze des Bundes in 2016 zur Verfügung stehenden Mittel," auch in Burgdorf und den Umlandkommunen entsprechendes ankommt. "Der Bedarf ist da. Das Geld ist da. Der Wille scheint zu fehlen," so Nijenhof.



Der Vorsitzende der Jungen Union Burgdorf, Niklas-Timm Grantz (links) zusammen mit Rüdiger Nijenhof, Mitglied im CDU-Landesfachausschuss Soziales und Familie.